

PRÄMIEN FÜR JEDEN, DER GEHT



Jedem das seine!

Die artgerechte Haltung von
Tier und Mensch

Stallhaltung - Stadthaltung

Schotter für die Pfützen

In Wüstemark leben noch 15 Menschen - sie müssen auf manches verzichten

Martin Klesmann

NIEMEGK. „Endlich wird wieder darüber gesprochen, dass der Staat sich in ländlichen Regionen bald nicht mehr alles leisten können“, sagt Günter Rockel. Der Mann weiß, wovon er spricht. Er ist Amtsdirektor der Fläming-Kommune Niemeck an der Landesgrenze zu Sachsen-Anhalt. Und Niemeck hatte schon vor vier Jahren für Aufmerksamkeit gesorgt, als die Stadt sich als erste Gemeinde Brandenburgs für zahlungsunfähig erklärte.

Der akute Geldmangel ist mittlerweile durch die strikte Haushaltsführung beigelegt, aber die Grundprobleme bleiben. Rockel hält die Debatte um Wegzugsprämien für Menschen aus nicht mehr überlebensfähigen Dörfern zwar im Kern für überspitzt, sieht aber eine wichtige Frage berührt: Wie kann eine Kommune, die öffentliche Versorgung sinnvoll einrichten? Seit 1990 hat das Amt Niemeck etwa zehn Prozent seiner Bevölkerung verloren.

Zu Rockels Amtsbereich gehört auch der abgeschiedene Weiler Wüstemark an der Landesgrenze nach Sachsen-Anhalt. Hier in einer Senke zwischen Kiefernwald und Sonnenblumenfeld leben heute 15 Menschen in sieben zumeist alten Bauernhäusern. Vor einigen Jahren hat das Amt Niemeck den fast drei Kilometer langen Feldweg dorthin als einspurige Straße asphaltieren lassen, sogar akkurat eingerichtete Haltebuchten für den unwahrscheinlichen Fall von Gegenverkehr vergaß man nicht. Schließlich ist das Amt für die Daseinsvorsorge zuständig und muss garantieren, dass Schulbus, Post und Anwohner auch im Winter in den Ort gelangen können.

So fährt täglich ein großer Schulbus dorthin, um die beiden verbleibenden Kinder von Wüstemark in die Schule zu bringen. Es sind die Jungs von Stefanie Bessel, 37. „Es ist schön ruhig“, sagt die gelernte Schäferin und heutige Hartz-IV-Empfängerin. „Wir mähen den Rasen in der Dorfmitte selbst.“ Auch den Gesteinsschotter, den das Amt anliefert, verteilen die Anwohner selbst. Um die Pfützen auf dem nicht mehr asphaltierten Teil der Dorfstraße abzudecken.

Frau Bessel will sich nicht vorstellen, dass man ein solches Dorf einmal aufgeben könnte. Geld würde sie dafür auch nicht nehmen, immerhin haben sie hier Sechs-Zimmer, Garten, Ruhe und Natur. Zweimal in der Woche kommt ein fahrender Bäcker vorbei, die Stromleitungen sind nach der Wende neu gelegt worden. Nur das Internet sei viel zu langsam, weil die Telekom kein DSL installieren wolle, sagt Tochter Susanne, 16, die im sechsten Monat schwanger ist. Manchmal sei es etwas langweilig, weil außer ihnen fast nur Rentner im Ort lebten. Und die Mutter bedauert, dass man das Abwasser heute nicht mehr als Dünger auf den Äckern ausbringen darf, sondern immer auf den Abpump-Wagen warten muss, der über die Dörfer fährt. Auch Rosemarie Bergholz aus dem Nachbardorf kann sich das Ende von Wüstemark nicht vorstellen: „Da leben doch Menschen.“

Für Amtsdirektor Rockel ist das auch eine Frage der Verhältnismäßigkeit. Er findet es uneffektiv, dass es in seinem Amtsbereich neben der Stadtverwaltung noch drei eigenständige Gemeindeverwaltungen gibt. Denn spätestens 2019 laufen die Soli-Zahlungen des Bundes aus. Rockel will schon jetzt handeln: So könne das Amt den insgesamt 5 100 Bürgern bald nicht mehr in jedem Ort eine voll ausgestattete Feuerwehrwache bieten. Der Abpump-Wagen ersetze bereits die Kanalisation, und künftig werde man sich auch fragen müssen, ob jeder Neubau mit Leitungen für Gas und Wärme versorgt werden müsse. Auch wenn das zur öffentlichen Daseinsvorsorge einer Gemeinde gehört. Rockel hält es eigentlich für wichtiger, in der Stadt Niemeck und den umliegenden Dörfern den Verfall bestehender Bauten zu stoppen. „Am liebsten würde ich leer stehende Häuser einfach als Ferienhäuser an Berliner verschenken, wenn die sich dann darum kümmern“, sagt Rockel.

Als freiwillige Aufgabe gibt Niemeck lediglich noch Zuschüsse für die alte Badeanstalt, die inzwischen von einem Privatunternehmen übernommen worden ist. Um zu sparen, ist das 50-Meter-Becken zuvor um die Hälfte gekürzt worden.

Berliner Zeitung, 12.09.2007

Viele Beschäftigte sind unzufrieden mit ihrem Job

Gewerkschaft untersucht Arbeitsbedingungen

Benjamin Hammer

BERLIN. Nur jeder achte Arbeitnehmer in Deutschland bewertet seinen Arbeitsplatz als positiv. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), die gestern in Berlin vorgestellt wurde. Der Berufsalltag sei in der Regel von Zeitdruck, fehlenden Aufstiegsperspektiven, geringer Zukunftssicherheit des Arbeitsplatzes und einem wenig angemessenen Einkommen geprägt. Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen, so die Studie, seien wesentlich häufiger mit ihrer Arbeit unzufrieden als Besserbezahlte.

„Die Ergebnisse der Studie sind ernüchternd“, sagte DGB-Chef Michael Sommer. Für die Studie „Gute Arbeit“ wurden 6 000 Beschäftigte aus allen Regionen und Branchen befragt. Sie sollten die Qualität ihrer Arbeitsplätze in 15 Kategorien bewerten. Berücksichtigt wurden beispielsweise das Einkommen, die Aufstiegschancen und die körperliche Belastung am Arbeitsplatz. Ein Drittel der Befragten bezeichnete seinen Arbeitsplatz als „schlecht“, rund 50 Prozent nannten ihn „mittelmäßig“. Schlechte Bewertungen gab es vor allem für das Gehalt und die Arbeitsplatzsicherheit. Relativ gute Einschätzungen trafen Ingenieure und Büroangestellte sowie Mitarbeiter von Dienstleistern. Die Befragten aller Branchen gaben insgesamt gute Noten in den Kategorien „Kollegialität“ und „Sinngelalt der Arbeit“. Betreut wurde die Studie vom Augsburger Demografie-Professor Ernst Kistler. „Bei vielen Firmen ist die Arbeitsplatzqualität so schlecht, dass an eine Rente mit 67 Jahren gar nicht zu denken ist,“ urteilte Kistler. Besonders schlechte Bewertungen seien von Hilfsarbeitern abgegeben worden. Hier seien die körperlichen Belastungen sehr hoch und es gebe keine sichere Perspektive. Auch Warenprüfer oder Mitarbeiter im Versandhandel bewerteten ihre Jobsituation mehrheitlich als schlecht.

DGB-Chef Sommer nannte dieses Ergebnis einen „weiteren Beleg für miese Bedingungen im Niedriglohnssektor“. Sommer bekräftigte aus diesem Anlass, dass die Gewerkschaften weiter für einen Mindestlohn und gegen die Rente mit 67 kämpfen werden.

Der Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, Frank Bsirske, kritisierte die Arbeitsbedingungen für Zeitarbeiter, die keinen festen Vertrag mit dem Unternehmen haben, für das sie arbeiten. Bsirske monierte, dass viele Firmen ihre Mitarbeiter entließen, um sie danach wieder als Mitarbeiter auf Zeit einzustellen. „Das ist ein Virus, das alle Branchen betrifft“, sagte Bsirske. Die Gewerkschaften wollen die Debatte um die Arbeitsplatzqualität nun verstärkt in die Politik tragen. Nach Angaben des DGB werden sich die Sozialdemokraten auf ihrem Parteitag Ende Oktober in Hamburg mit dem Thema beschäftigen.

Berliner Zeitung, 12.09.2007

Artgerechtes Leben oder artgerechte Haltung von Tier und Mensch.

Die Diskussion über die artgerechte Haltung von Tieren, ist uns vertraut.
Relativ neu dagegen ist die Diskussion über die artgerechte Haltung von Menschen.

Tatsächlich gab es diese Auseinandersetzung schon seit längerer Zeit. Stichworte dazu sind Landflucht, Arbeitslager, Konzentrationslager und Massentierhaltung. Im Kern geht es darum in welchem Verhältnis Tier, Mensch und Natur zueinander stehen. Das wiederum hängt davon ab welche Bestimmung die Menschen sich selbst, den Tieren und der Natur zugestehen wollen. Geht es um das Leben, dann wird man sich bemühen, das in Übereinstimmung mit der Natur zu tun. Geht es dagegen um die Verwertung, dann gelten die Regeln der kapitalistischen Ausbeutung, die Logik des Kapitals. Es ist doch logisch, dass man zur Erhöhung des Profits, das zu verwertende Kapital konzentriert. Massentierhaltung, Fließbandproduktion, Wohnsilos und Shopping-Center werfen einen höheren Ertrag ab, als Bauernhöfe mit freilebenden Tieren, Klein- und Mittelstädte mit dem „Tante-Emma-Laden“. Es geht also um die Frage **Leben oder Haltung**. Da sich die Bezeichnung „Menschenhaltung“, zwecks Verwertung, nicht so gut anhört, haben die Kapitalisten, durchaus zutreffend, aus dem Menschen **„Humankapital“** gemacht. Aktueller Anlaß für diesen Artikel, ist die Meldung über Wegzugsprämien und die Eröffnung eines neuen Shoppingcenters.

PRÄMIEN FÜR JEDEN, DER GEHT

BILD 10.9.07

Brandenburg soll Wildnis werden

Von MICHAEL SAUERBIER
Potsdam – Die Prignitz menschenleer, die ganze Uckermark ein verwildertes Naturschutzgebiet...

So sehen Entwicklungs-Experten Brandenburg in 40 Jahren! Und: Sie fordern, ganze Gebiete mit Wegzugsprämien zu entvölkern. Um Geld zu sparen!

Riesen-Aufregung um die neue Studie des „Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung“! Im Auftrag des Landtags hatten die For-

scher Brandenburgs Bevölkerungsentwicklung untersucht. Ergebnis: Bis 2050 geht die Einwohnerzahl von derzeit 2,58 Millionen Menschen auf 1,81 Millionen zurück – zu wenig Babys.

Spätestens dann werde es zu teuer, noch Schulen, Straßen und Ämter in Randregionen wie Prignitz und Uckermark zu unterhalten, so die Studie.

Sie empfiehlt, die Gebiete ganz aufzugeben: „Abwanderungs-Prämien“ sol-

len „die Entleerung fördern“: „Um die Aufwendungen für die verbleibenden Schwundgebiete so gering wie möglich zu halten.“ Die könne man dann „zu einem Naturerlebnisgebiet ‚Wildnis‘ umwidmen.“

CDU-Generalsekretär Rolf Hilke (37) empört: „Das ist pervers, ein Schlag ins Gesicht der Brandenburger! Die Politik muss die Bürger ermutigen, statt ihnen Angst zu machen. Die Menschen leben doch gerne hier.“

Hilkes SPD-Kollege Klaus Ness (44) glaubt: „So was kann nur fordern, wer in Berlin am Schreibtisch sitzt. Man darf keine Regionen für nicht lebenswert erklären!“

Das hätten die Berliner Forscher auch vorher wissen können: „Die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen im ganzen Land“ steht in Brandenburgs Verfassung. **Trotzdem hat das Institut für seine Studie 27 300 Euro kassiert...**